

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 20. Januar 2004

Vorzeitige Vertragslösungen in der Berufsausbildung

Die Situation in der beruflichen Bildung in Bremen hat sich in den vergangenen Jahren zugespitzt. Insbesondere die im Berufsbildungsbericht 2003 dargelegte hohe Anzahl von abgebrochenen Berufsausbildungen verschärft diese Problematik zusätzlich, und ist auch ein Indikator für mangelnde Bildungsvoraussetzungen der Auszubildenden.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Zahlen liegen dem Senat über vorzeitige Vertragsauflösungen für 2002 und eine Tendenz für 2003 vor?
2. Wie erklärt sich der Senat die besonders hohe Anzahl von vorzeitigen Ausbildungsvertragslösungen im Handwerk im Lande Bremen, die seit Jahren konstant 1,5 mal so hoch wie in den anderen westdeutschen Ländern ist?
3. Wie sieht die Vertragsauflösungssituation in anderen Branchen (z. B. Gewerbe) aus?
4. Welche Vergleichsdaten liegen für die anderen Bundesländer und den Bund insgesamt vor?
5. Welche Anstrengungen hat der Senat bislang unternommen, diesem Trend entgegen zu steuern?
6. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um in Zukunft die Vertragsauflösungsraten zu senken?

Silke Allers, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU

D a z u

Antwort des Senats vom 2. März 2004

Vorbemerkung zur Anfrage:

Die Situation in der beruflichen Bildung in Bremen hat sich in den vergangenen Jahren zugespitzt. Insbesondere die im Berufsbildungsbericht 2003 dargelegte hohe Anzahl von abgebrochenen Berufsausbildungen verschärft diese Problematik zusätzlich und ist auch ein Indikator für mangelnde Bildungsvoraussetzungen der Auszubildenden.

1. Welche Zahlen liegen dem Senat über vorzeitige Vertragsauflösungen für 2002 und eine Tendenz für 2003 vor?

Im Berufsbildungsbericht 2003 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist für 2001 im Land Bremen die Anzahl der vorzeitig gelösten Aus-

bildungsverträge mit 1.714 und ihr Anteil an den neu abgeschlossenen Verträgen mit 28,0 % ausgewiesen.

Für 2002 wurden zusammenfassende Übersichten des Statistischen Bundesamtes – Fachserie 11, R 3 – angefordert. Dort sind für das Land Bremen insgesamt 1.524 vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge mit einer Lösungsquote von 25,9 % verzeichnet.

Hinsichtlich der Tendenz für 2003 wurden die für die Berufsbildung im Lande Bremen zuständigen Stellen befragt, von denen ein großer Teil geantwortet hat.

Aufgrund der unterschiedlichen Bezugsgrößen, die die zuständigen Stellen bei der Beantwortung dieser Frage zugrunde gelegt haben, lässt sich die Tendenz nicht in einer Gesamtprozentzahl zusammenfassen. Deutlich wird aber, dass in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk die Zahl der gelösten Ausbildungsverhältnisse im Jahr 2003 leicht rückläufig ist.

2. Frage: Wie erklärt sich der Senat die besonders hohe Anzahl von vorzeitigen Ausbildungsvertragslösungen im Handwerk im Lande Bremen, die seit Jahren konstant 1,5 mal so hoch wie in den anderen westdeutschen Ländern ist? Wenngleich dem Senat keine Informationen über die Gründe der im Handwerk überproportional hohen Vertragslösungen vorliegen, zeigt ein großstädtischer Vergleich über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und vorzeitige Vertragslösungen verschiedener Handwerkskammern der Jahre 2000 bis 2002 folgendes Bild:

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

	Bremen		Hamburg	Hannover	Düsseldorf	Dortmund	Stuttgart
		dar. Frauen					
2000	1489	447	2863	4225	9903	5146	4815
2001	1354	405	2686	4154	9881	4816	4666
2002	1328	367	2531	3699	9009	4359	5018

Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge

	Bremen		Hamburg	Hannover	Düsseldorf	Dortmund	Stuttgart
		dar. Frauen					
2000	765	241	1136	1612	4336	2378	1602
2001	764	257	1189	1543	4197	2247	1370
2002	617	211	1121	1415	3873	2118	1081

Lösungsrate (vorzeitig gelöste dividiert durch neu abgeschlossene Ausbildungsverträge)

	Bremen		Hamburg	Hannover	Düsseldorf	Dortmund	Stuttgart
		bei Frauen					
2000	51,40%	53,90%	39,70%	38,20%	43,80%	46,20%	33,30%
2001	56,40%	63,45%	44,30%	37,10%	43,50%	46,70%	29,40%
2002	46,50%	57,50%	44,30%	38,30%	43,00%	48,60%	21,50%

Der Vergleich der Bremer Quoten an vorzeitigen Vertragslösungen der Jahre 2000 bis 2002 mit den Quoten der Handwerkskammern, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Dortmund und Stuttgart zeigt, dass nur in Bremen und Stuttgart die vorzeitigen Lösungsraten gesunken sind. In Hannover und Düsseldorf sind diese auf ähnlichem Niveau geblieben, in Hamburg und Dortmund sind sie leicht angestiegen.

Hieran wird deutlich, dass ein Rückgang an vorzeitigen Vertragslösungen in Bremen nicht zeitgleich mit einem bundesweiten Trend geschieht. Der Senat geht davon aus, dass der überproportionale Rückgang vorzeitiger Vertragslösungen auf spezifische landespolitische Initiativen und Angebote zurückzuführen ist.

Bei den Frauen ist gegenüber dem Jahr 2000 eine Zunahme zu verzeichnen. Ihre Raten lagen bis zu 15 Prozentpunkte höher als bei den Männern.

3. Wie sieht die Vertragsauflösungssituation in anderen Branchen (z. B. Gewerbe) aus?

Siehe Antwort zu 1. und 4.

4. Welche Vergleichsdaten liegen für die anderen Bundesländer und den Bund insgesamt vor?

Für 2002 wurden zusammenfassende Übersichten des Statistischen Bundesamtes – Fachserie 11, R 3 – angefordert. Die Lösungsquoten sind dort wie folgt verzeichnet:

Land	Insgesamt	Davon im Ausbildungsbereich						
		Industrie und Handel ¹⁾	Handwerk	Landwirtschaft	Öffentlicher Dienst ²⁾	Freie Berufe ³⁾	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt
Deutschland	24,1	21,2	29,8	23,0	8,6	25,6	25,7	21,0
Baden-Württemberg	18,8	17,3	21,2	18,5	9,8	23,9	17,7	-
Bayern	20,5	17,4	25,5	18,7	7,3	20,4	18,8	-
Berlin	28,9	28,0	31,1	26,9	10,2	35,4	26,3	-
Brandenburg	24,9	25,2	26,6	23,0	7,4	22,7	23,7	-
Bremen	25,9	20,7	40,1	15,9	10,0	22,8	30,9	24,4
Hamburg	25,1	19,1	38,1	48,4	9,2	34,2	11,0	18,5
Hessen	23,6	20,3	32,0	25,7	7,6	21,6	22,7	-
Mecklenburg-Vorpommern	26,1	26,6	25,7	25,5	5,1	23,3	46,8	20,0
Niedersachsen	25,7	22,0	30,5	25,5	13,7	28,1	33,3	23,7
Nordrhein-Westfalen	26,1	21,3	34,2	24,1	9,3	29,8	25,4	-
Rheinland-Pfalz	25,6	20,6	34,3	20,2	8,6	24,0	20,0	-
Saarland	26,1	18,5	37,8	27,2	8,6	24,2	36,2	-
Sachsen	24,2	23,3	29,2	18,0	3,6	22,0	27,3	-
Sachsen-Anhalt	27,5	27,1	32,3	16,8	4,2	24,1	13,1	-
Schleswig-Holstein	28,4	25,0	35,3	36,3	8,9	23,8	-	26,9
Thüringen	26,0	26,1	28,9	24,1	4,2	16,1	28,8	-

5. Welche Anstrengungen hat der Senat bislang unternommen, diesem Trend entgegen zu steuern?

Um Ausbildungsabbrüchen insbesondere im Handwerk entgegenzuwirken, startete mit dem 1. April 2001 das Projekt „Ausbildung – Bleib dran“ mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds, des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und den Agenturen für Arbeit in Bremen und Bremerhaven. Ziel dieses Projektes ist es, problematische Situationen der Auszubildenden im Ausbildungsverhältnis rechtzeitig zu besprechen und eine Klärung zwischen Auszubildenden und Ausbildungsbetrieb zu erreichen. Dieses Projekt bietet den Auszubildenden vielschichtige Hilfsangebote zur Lösung ihrer Probleme im Ausbildungsverhältnis an. Der Beratungsbedarf bei den Auszubildenden ist vorhanden. Die Beratungsfälle steigen seit 2001 kontinuierlich an. Seit Einführung des Projektes verzeichnet die Abbrecherquote einen Rückgang um 5 Prozentpunkte im Bereich des Handwerks.

Durch die Kooperation mit der Handwerkskammer Bremen, der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde, einzelnen angeschlossenen Innungen, der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, den Agenturen für Arbeit in Bremen und Bremerhaven, dem Senator für Bildung und Wissenschaft und dem Schulamt in Bremerhaven sowie verschiedenen Berufsschulen in Bremen und Bremerhaven konnte ein Netzwerk unter der Koordination von „Ausbildung – Bleib dran“ zur Verringerung von Ausbildungsabbrüchen aufgebaut werden.

6. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um in Zukunft die Vertragsauflösungsraten zu senken?

Durch Weiterentwicklung des Bremischen Schulwesens gemäß Koalitionsvereinbarung zur laufenden Legislaturperiode besteht die Chance, zukünftige Vertragslösungsdaten zu senken. Die Aufgaben der Qualitätsentwicklung und ihrer strukturellen Voraussetzungen stehen im Mittelpunkt der Bildungspolitik. In der Sekundarschule werden Hauptschulklassen in Zusammenarbeit mit beruflichen Schulen und Betrieben sehr praxisorientiert und berufsbezogen unterrichtet, um so für alle Schülerinnen und Schüler eine qualifizierte Berufsbildungsreife zu erreichen und den Übergang in den Beruf zu ermöglichen. Realschulklassen bereiten unter anderem mit entsprechenden Wahlpflichtfächern auf die Berufsausbildung oder auf weiterführende Schulen vor.